

Öffentliche Anhörung zum Konzept und zur Trägerschaft der Gedenkstätte Lindenstraße am 7. Juni 2012 in Potsdam

- Zusammenfassung der Beiträge und der Diskussion -

Vorbemerkung

Die Potsdamer "Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert" ist der einzige authentische Erinnerungsort im Land Brandenburg und in der Bundesrepublik, der sowohl die Geschichte der beiden aufeinander folgenden, unterschiedlichen Diktaturen in Deutschland von 1933 bis 1989 als auch die Überwindung der SED-Diktatur in der friedlichen Revolution des Jahres 1989/90 widerspiegelt. Aus diesem Grund haben das Land Brandenburg und die Landeshauptstadt Potsdam 2011 die Entscheidung getroffen, die bisher geleistete Aufbauarbeit der Gedenkstätte Lindenstraße weiter zu entwickeln und finanziell zu fördern.

Im September 2011 hat der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt der Stadtverordnetenversammlung und der Öffentlichkeit eine Gedenkstättenkonzeption vorgestellt und mit Beginn des Jahres 2012 den bisherigen Status der Gedenkstätte verändert. Seit dem 1. Januar 2012 ist die Gedenkstätte Lindenstraße nicht mehr eine Außenstelle des Potsdam Museums, sondern für eine Übergangszeit bis zur Herbeiführung einer mit dem Land abzustimmenden neuen Trägerschaft dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters zugeordnet.

Im Hinblick auf die künftige Arbeit der Gedenkstätte hat sich der Kulturausschuss der Stadtverordnetenversammlung dazu entschlossen, die Gedenkstättenkonzeption und die Frage der künftigen Trägerschaft unter breitest möglicher Beteiligung gründlich zu beraten und dazu eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Im Vorfeld hatte das Büro des Oberbürgermeisters in Abstimmung mit dem Kulturausschuss einen

Fragenkatalog an insgesamt 40 Verbände, Institutionen und Einzelpersonen sowie an alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung und des Landtags übersandt und um eine kurze Stellungnahme gebeten. Die bis zum 1. Juni 2012 eingegangenen Antworten wurden als Grundlage für die Diskussion in einer Synopse zusammengestellt. Die öffentliche Anhörung fand am 7. Juni 2012 in der Gedenkstätte Lindenstraße mit ca. 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.¹

Drei Experten waren eingeladen und gebeten worden, eine kurze Einschätzung zum Diskussionsstand vorzunehmen, diesen aus ihrer Sicht zu kommentieren und eigene Empfehlungen auszusprechen.

1. Begrüßung

Dr. Karin Schröter (Die Linke), Vorsitzende des Kulturausschusses, begrüßte die anwesenden Stadtverordneten, die Vertreterinnen und Vertreter von Interessenvereinigungen und Kompetenzzentren sowie die drei Experten **Ulrike Poppe** (Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur), **Prof. Dr. Konrad H. Jarusch** (University of North Carolina, Chapel Hill/USA) und **Prof. Dr. Rainer Eckert** (Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig). Sie bedankte sich für die Bereitschaft, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit ihren wissenschaftlichen und

¹ Gedenkstättenkonzeption, Verteiler, Synopse und eingegangene Stellungnahmen im vollen Wortlaut auf potsdam.de unter *Potsdam entdecken > Kultur > Museen > Gedenkstätten > Gedenkstättenkonzeption [...]*

persönlichen Erfahrungen und ihrer Kompetenz zur Verfügung zu stehen. Ferner stellte sie heraus, dass seit diesem Jahr mit der Finanzierungszusage von Stadt und Land eine "wunderbare Situation" geschaffen worden sei und nun über neue Strukturen und Konzepte nachgedacht werden müsse. Kurz fasste Frau Dr. Schröter den bisherigen Entscheidungsfindungsprozess zur Gedenkstätte Lindenstraße zusammen. Anlass für die heutige Zusammenkunft sei die Vorlage der Gedenkstättenkonzeption des Oberbürgermeisters, zu der nun der vom Kulturausschuss "sehr gewünschte und sehr empfohlene" Austausch stattfinde. Der heutigen Runde wünschte sie viel Erfolg.

2. Einleitung

Dieter Jetschmanegg, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam, stellte sich zunächst als Moderator der Anhörung vor und umriss knapp den Vorschlag zum Ablauf der Veranstaltung, die explizit nicht als eine Podiumsdiskussion angelegt sei, sondern auf die Beteiligung aller abziele. Die Experten seien gebeten worden, mit ihren Kommentaren zu den eingegangenen Stellungnahmen Impulse für die heutige Diskussion zu geben. Obwohl alle der rund zwei Dutzend eingegangenen Rückmeldungen im Internet nachzulesen seien, habe man sich entschieden, das Votum der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, deren Vorsitzender Ludwig Baumann seine Teilnahme aus gesundheitlichen Gründen kurzfristig absagen musste, für alle zu vielfältigen und im vollen Wortlaut bereit zu halten. Daneben stünden die Synopse sowie Informationen zu den drei Experten für alle Anwesenden in Kopie zur Verfügung. Herr Jetschmanegg appellierte an die Anwesenden, die begrenzte Redezeit von 3-4 Minuten einzuhalten und verwies auf die Möglichkeit, sich im Anschluss an die Diskussion noch intensiver im persönlichen Gespräch auszutauschen.

3. Impulsreferat Ulrike Poppe

Ulrike Poppe bemerkte gleich einleitend, sie sei "sehr froh" über die Dynamik, die sich bezüglich der Gedenkstätte Lindenstraße entwickelt habe und begrüßte die Herauslösung aus dem Potsdam Museum, da die gewonnene Eigenständigkeit der Bedeutung der Gedenkstätte mit ihren Alleinstellungsmerkmalen eher gerecht würde. Ferner begrüße sie die Vielfalt der einbezogenen Institutionen, Verbände, Vereine und Opfervertretungen. Außerdem habe sie den Eindruck gewonnen, dass die eingereichten Stellungnahmen das Meinungsspektrum in der Diskussion um die Gedenkstätte gut abbilden würden, wobei einige Positionen nicht neu und manche in der Tat sehr alt seien. Recht klar ließe sich erkennen, welche Positionen stark vertreten und welche Minderheitenpositionen seien. Sie wolle im Folgenden versuchen, ein Resümee der Stellungnahmen vorzunehmen und dieses mit eigener Überzeugung zu kommentieren.

Gleichsetzung nirgendwo intendiert

Zunächst müsse gut geprüft werden, ob die NS-Zeit tatsächlich "unterbelichtet" sei, wie es derzeit in der Tat den Anschein habe. Sie selbst, so Ulrike Poppe, empfinde die vorliegende Konzeption als sehr gut geeignete Grundlage und bekanntlich sei das entsprechende Ausstellungsmodul zur Zeit des NS spätestens 2013 fertiggestellt.

Sie vertraue darauf, dass die diesbezügliche Kritik, so wie sie in einigen Stellungnahmen geäußert wurde, ausgeräumt werden könne. Die wissenschaftliche Bearbeitung auch der Zeit des NS sowie die Gliederung der Ausstellung in Module ließe ihrer Meinung die in manchen Zuschriften beklagte implizite Gleichsetzung beider Diktaturen, der des NS und der der SED, gar nicht erst zu, "eine Vermischung kann hier gar nicht passieren".

Sie teile die diesbezügliche Kritik nicht, sondern sehe in der Konzeption klar herausgearbeitet, dass erstens die beiden Diktaturen nicht gleich gewesen seien und dass zwei-

tens eine Gleichsetzung auch an keiner Stelle intendiert sei. Es müsse natürlich genau differenziert werden, sowohl qualitativ als auch quantitativ.

Ihrer Ansicht nach bringe das die in der Konzeption zitierte Faulenbachsche Formel zum Ausdruck, an der sich die Arbeit der Gedenkstätte orientieren wolle, wie es in der Konzeption im Wortlaut heißt: "die NS-Verbrechen durch die Aufarbeitung stalinistischer Verbrechen und des Unrechts in der DDR nicht zu relativieren, letztere jedoch mit Hinweis auf die Dimension der NS-Verbrechen auch nicht zu bagatellisieren".

Diese Formel sei eine "tragfähige Prämisse", denn sie hätte sowohl die Unterschiede zwischen beiden Diktaturen im Blick, brächte aber auch zum Ausdruck, dass beide Systeme Opfer hervorgebracht hätten, die es zu würdigen gelte und derer zu gedenken eine Aufgabe der Gedenkstätte sei.

Schwerpunkt: Streben nach Freiheit

Allerdings reiche ihr das Gedenken an die Opfer nicht allein, vielmehr wünsche sie sich, nicht nur Opferschicksale, sondern den Widerstand und den Aspekt der Befreiung stärker zu würdigen. Neben der Thematisierung der beiden Diktaturen wünsche sie sich dies als einen weiteren Schwerpunkt in der Arbeit der Gedenkstätte. Sie fordere dazu auf, auch zu fragen, welche Risiken die Menschen für ihr Streben nach Freiheit eingegangen und warum sie sie eingegangen seien. Was habe sie motiviert, sich gegen das Unrecht zu wehren? Was habe sie stark gemacht? Was sei ihre Freiheitsvorstellung gewesen? Und worin schließlich liege der gegebenenfalls der Sinn eines Scheiterns? Wie gehöre das in unsere Freiheitstradition?

Gegen die in einigen Stellungnahmen geäußerten Zweifel, dass es nicht gelingen werde, die genannte Prämisse umzusetzen, setzte Poppe ihre Erfahrungen im Vorstand des Vereins Gegen Vergessen - für Demokratie, der die NS-Verbrechen niemals in den Hintergrund gerückt habe, auch nicht unter einem Vorsitzenden Joachim Gauck.

Menschheitsverbrechen, so Poppe, seien in jedem System, gleich welches Vorzeichen es trüge, verabscheuungswürdig und die Opfer verdienten Solidarität, "darum gehe es". Sie plädiere ausdrücklich für ein gemeinsames Gedenken aller Opfer politischer Gewalt, auch, wenn Täter der NS-Zeit unter den Opfern der Nachkriegszeit gewesen sein sollten. "Das gibt uns nicht das Recht, diejenigen, die vielen anderen, die unschuldig hier gesessen und gelitten haben, unserer Würdigung zu entziehen", sagte Poppe. Eine Verweigerung gemeinsamen Gedenkens sei deshalb nicht nachzuvollziehen.

Menschenrechte als Wertebasis

Sie hoffe weiter, dass die zukünftige Arbeit der Gedenkstätte von einem "antitotalitären Konsens" im Sinne von Jürgen Habermas getragen sei bzw., wenn dies ein Reizwort sein sollte, die Menschenrechte den verschiedenen politischen Strömungen, die hier zusammenarbeiten sollen, als übergeordnete Wertebasis dienen könnten. Denn, so Poppe: "Menschenrechte werden in totalitären Regimen verletzt."

Opfergedenken, Mut und Freiheitsvorstellungen sollten Schwerpunkt in der Gedenkstätte Lindenstraße sein, wobei in Zukunft die Befreiung sicher eine größere Bedeutung bekommen werde. Es sei ferner zu fragen, was Gedenken sei, welche Rolle Gedenken spiele und ob Gedenkstätten im Laufe der Zeit alle zu Museen würden. Eine Gedenkstätte sei selbstverständlich auch ein Lernort, sollte aber Beteiligten und Angehörigen auf jeden Fall einen emotionalen Zugang bieten. Verschiedene mögliche Formen hierzu existierten bereits.

Selbständigkeit bevorzugt

Frau Poppe unterstrich erneut, dass die Herauslösung aus dem Potsdam Museum eine begrüßenswerte Entscheidung gewesen sei. Für eine Eingliederung in die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten plädiere sie nicht - in Übereinstimmung mit der Mehrzahl der Stellungnahmen, die erkennen ließen, dass ein kommunales Modell

mit einem hohen Grad an Selbständigkeit bevorzugt werde. Wünschenswert sei eine selbständige Stiftung, die eigenes Personal einstellen kann und über einen eigenen Haushalt verfüge. In der Frage der Abwägung zwischen personellem Neuanfang und personeller Kontinuität würde sie sich personelle Kontinuität wünschen, denn die vorhandenen Erfahrungen sollten unbedingt genutzt werden. Eine Trägerschaft, die kurze Wege ermögliche und Entlastung in puncto Verwaltung schaffen könne, sei optimal. Bei der Formierung des Beirats sei die Einbindung von Interessenverbänden des NS und der SBZ/SDR zu gleichen Teilen und eine Berücksichtigung von Gedenkstättenpädagogik bzw. politischer Bildung wichtig. Auf keinen Fall solle ein Beirat nach historischen Epochen geteilt werden, so sei eine sinnvolle Gedenkstättenarbeit nicht möglich. Denkbar aus ihrer Sicht sei ein erweiterter Stiftungsvorstand, der engen Kontakt zum Beirat hält. Opferverbände müssten selbstverständlich einbezogen werden, wobei Frau Poppe ein Gremium, das die ehemaligen Inhaftierten vertritt und in ständigem Austausch mit der Gedenkstättenleitung stehe, für eine gute Idee hielte. Zeitzeugen sollten auf diese Weise eine Stimme haben und auf ihre Weise beraten können.

4. Impulsreferat Prof. Dr. Konrad H. Jarausch

Prof. Dr. Konrad H. Jarausch erklärte zunächst, dass er als Amerikaner gewissermaßen aus transatlantischer Distanz argumentiere, während er zugleich eine starke Verbundenheit mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam empfinde. Zugegebenermaßen sei der allgemeine Ansatz einer doppelten Vergangenheitsbewältigung an einem historischen Ort schwierig, so Jarausch, weil die unterschiedlichen Leiden in Konkurrenz träten und unterschiedlich beachtet werden wollten. Ein Gedenkfort mit pädagogischer Ausstrahlung führe

überdies zu einer Musealisierung und biete über Informationen einen anderen Zugang zum historischen Geschehen als über das Gedenken.

Seinem Eindruck nach, befand Jarausch, komme in der Mehrzahl der Zuschriften eine Zustimmung für eine Umsetzung der vorliegenden Konzeption zum Ausdruck. Die Modularisierung sowie die inhaltliche Ausgestaltung der Nachkriegsmodule scheinen ihm nicht strittig zu sein, auch zur Einbeziehung der Zeitzeugen bestehe Konsens. Es gebe naturgemäß Vorschläge, in denen scharfe Kritik artikuliert werde, andererseits wiesen die Stellungnahmen aber auch sachliche Anregungen auf, was bereits als ein Erfolg des Abends gewertet werden könne. Jarausch bezeichnete die Vorschläge in den Stellungnahmen als anregend und äußerte seine Zuversicht, dass diese die Arbeit der Gedenkstätte befruchten werden.

Gleichsetzung ist Fehlperzeption

Die Kritik, die NS-Repression werde vernachlässigt und mit dem DDR-Unrecht gleichgesetzt, wies Jarausch als Fehlperzeption zurück.

In der wissenschaftlichen Literatur sei die Singularisierung des Nationalsozialismus weitgehend überwunden und zugunsten einer vergleichenden Erforschung von Genoziden ("comparative genocide research") zurückgetreten. Einen Vergleich der Diktaturen sei vor diesem Hintergrund nicht als Gleichsetzung misszuverstehen, Unterschiede würden im Gegenteil erst durch den Vergleich sichtbar.

Revidiert werden sollte allerdings eine Formulierung in der Konzeption, die auf Kontinuitäten der Verfolgung verweist, hier sei ein Hinweis auf umgekehrte ideologische Vorzeichen unbedingt angebracht. Auch seinem Empfinden nach, so Jarausch, führe die Totalitarismustheorie nicht weiter und sei nicht fruchtbar, er bringe stattdessen den Vorschlag ein, dass man sich auf Menschenrechte konzentriere bzw. die Verletzung von Menschenrechten in den Vordergrund stellen solle. Den Hinweis auf das

'Haus des Terrors' in Budapest mit seiner übermäßig starken Gewichtung der Leiden unter dem Kommunismus empfinde er zudem als "nicht unbedingt glücklich".

Kritik an persönlichen Angriffen

Gegen persönliche Angriffe auf die Gedenkstättenbeauftragte Gabriele Schnell und den wissenschaftlichen Kooperationspartner vom ZZF, Dr. Hans-Hermann Hertle, verwahrte sich Jarausch ausdrücklich, er fände solche Angriffe "unerhört", denn ohne ihre Arbeit und ihr großes Engagement könne eine Diskussion wie die heutige gar nicht geführt werden, denn die Gedenkstätte gebe es in dieser Form nicht ohne diese beiden Protagonisten. Eine den bereits vorhandenen Ausstellungsmodulen ähnliche Bearbeitung für die NS-Zeit sei überfällig, er schlage vor, die Konzeption des NS-Moduls, die in Kurzfassung bereits vorliege, noch einmal gesondert öffentlich vorzustellen und zur Diskussion zu bringen.

Die favorisierten Stiftungslösungen divergierten, so Jarausch, wobei aber Einigkeit über die weitgehende Unabhängigkeit herrsche. Überlegungen zur administrativen Entlastung und zur sauberen Finanzierung in Form einer Anbindung an vorhandene Strukturen seien keine Glaubensfragen, sondern rein praktische Erwägungen.

Ein Streitpunkt sei allerdings die Besetzung des Beirats. Er empfehle die Einrichtung eines wissenschaftlichen sowie eines gesellschaftlichen Beirates, mit einer Besetzung auf der Grundlage der Ausstellung und mit Aufgaben jeweils auch in Abhängigkeit vom gewählten Trägermodell. Möglicherweise könnten auch Vertreter der Politik repräsentiert sein. Weitere Themen, die in den Stellungnahmen mehrfach zur Sprache gebracht worden wären, seien Barrierefreiheit des Zugangs, Aufbau einer Webseite und die Entwicklung von Angeboten für verschiedene Zielgruppen.

Gegenseitiger Respekt nötig

"Das Kernproblem", so Jarausch, "scheint die Setzung von Schwerpunkten um die di-

daktische Botschaft zu sein - weil diese ideologisch-identitär strittig sind." Die erinnerungspolitische Auseinandersetzung in Deutschland nach 1990 habe gezeigt, dass Antifaschismus und Antikommunismus in ihrer Betonung der Ausschließlichkeit unfruchtbar seien und zu keinem Konsens führten. Ein Kriterium für die Mitarbeit an der Gedenkstätte müsse daher sein, dass man den jeweils anderen respektiere und beide Dimensionen der Leidensgeschichte berücksichtige.

Der Museumspraxis entspräche es eher, nicht die Identitätsbetroffenheit weiterzugeben, sondern historisch zu reflektieren, die Verfolgungsschichten inhaltlich zu verknüpfen und nicht zu verschweigen, dass aus Opfern Täter und aus Tätern Opfer geworden seien.

Als Deutschamerikaner liege ihm am Herzen, nicht nur negativ auf die "Schrecken der Diktatur" hinzuweisen, sondern den Willen zur Freiheit und zur Demokratie positiv darzustellen und den Ort als Stätte der Selbstbefreiung in der friedlichen Revolution angemessen zu berücksichtigen. Diese Aspekte könnten für seinen Geschmack noch deutlicher gemacht werden und die Durchsetzung von Menschenrechten gegen Diktaturen könne sich als "roter Faden" durch die Gedenkstätte ziehen. Sein Fazit sei, dass die vorliegende Gedenkstättenkonzeption zusammen mit der Vorarbeit zum NS-Modul eine exzellente Grundlage für die weitere Arbeit der Gedenkstätte darstelle, die durch die eingegangenen konstruktiven Vorschläge weiter verbessert werden könne.

5. Impulsreferat Prof. Dr. Rainer Eckert

Gleich eingangs bemerkte der dritte Experte, dass er seinen Vorrednern in den wesentlichen Punkten zustimmen könne, obwohl es im Vorfeld keine Absprachen gegeben habe.

Grundlegend könne er die vorliegende Konzeption als Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert voll unterstützen, in ihren inhaltlichen und theoretischen Grundlagen entspreche sie den Erkenntnissen der nationalen und internationalen Forschung.

Skeptisch sei er bei der Beschreibung der Lindenstraße als einzigartig, denn andere Orte wie die Andreasstraße in Erfurt erfüllten diese Kriterien ebenfalls.

Die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit den vor Ort ansässigen Institutionen innerhalb einer "herausragenden Forschungslandschaft" bezeichnete er als "Riesenchance", die sich die Stadt nicht entgehen lassen sollte.

Prämisse antidiktatorischer Konsens

Zum Vorwurf der Relativierung der NS-Verbrechen könne er nur sagen, dass er einen Vergleich von Diktaturen, ohne dass dies eine Relativierung bedeuten müsse, für eine Selbstverständlichkeit halte und ihm auch kein ernstzunehmender Historiker oder Politikwissenschaftler bekannt sei, der den NS relativieren will. Diese Debatte "könnte ein Ende haben", so Eckert.

Wenn eine Einigung auf die Formulierung "antitotalitärer Konsens" als Prämisse für die Gedenkstättenarbeit nicht möglich sei, so könne er sich alternativ die Verständigung auf einen "antidiktatorischen Konsens" und eine Ausrichtung auf die Menschenrechte vorstellen. Wenn es um die Ausstellungsinhalte gehe, sei klar, dass eine Differenzierung der NS- und der SED-Diktatur erforderlich sei, wie es beispielsweise die Stellungnahme der Topographie des Terrors fordere, eine Vermischung der Darstellung der unterschiedlichen Staatsverbrechen müsse natürlich klar vermieden werden.

In puncto Kooperationen riet Eckert zur Zurückhaltung, vor allem internationale Kooperationen sollten zurückhaltend betrieben werden, da die Pflege dieser Kontakte in der Praxis recht zeitaufwändig sei und der inhaltliche Ertrag in keinem Verhältnis dazu stehe. Insbesondere eine Kooperation mit

dem 'Haus des Terrors' in Budapest halte er aus den bereits genannten Gründen für nicht gegeben. Enge Beziehungen hingegen müssten zur Forschung, zu den Opferverbänden, zu zeitgeschichtlichen Museen und zu Gedenkstätten auch außerhalb Brandenburgs gepflegt werden.

In der Frage, ob die Lindenstraße in einen mittelosteuropäischen Kontext stehen solle, antworte er entschieden mit "selbstverständlich", die Bezüge ergäben sich schon durch die Anwesenheit des sowjetischen Geheimdienstes.

Wenn zu den künftigen Schwerpunkten geäußert würde, dass Forschungsarbeit zur Geschichte beider deutschen Diktaturen und der Friedlichen Revolution geleistet werden müsse, so sei er der Meinung, dass das mit der einen vorgesehenen wissenschaftlichen Stelle - und die geplanten Stellen würden ohnehin nicht ausreichen - nicht zu leisten sei, hier kämen vielmehr die wissenschaftlichen Kooperationspartner ins Spiel.

Für einen Paradigmenwechsel

Angesichts der in den Stellungnahmen genannten konkreten Vorschläge, beispielsweise eine umfangreiche Internetpräsenz aufzubauen oder eine Bibliothek einzurichten, rate er zur Zurückhaltung und zur Konzentration auf den Kern der Gedenkstättenarbeit, das heißt die Konzentration auf Besucher und Öffentlichkeit durch Ausstellung, Veranstaltungen und Publikationen sowie die Opferarbeit.

In diesem Zusammenhang plädiere er für einen Paradigmenwechsel hin zum aktiven Widerstand und zum aktiven Widerstehen unter diktatorischen und totalitären Bedingungen, dessen Höhepunkt, "die friedliche Revolution [...] wir Ostdeutschen als Bestandteil in die gesamtdeutsche Identität eingebracht" hätten.

Gedenkstättenarbeit richte sich grundsätzlich an alle, deshalb sei Vorsicht geboten bei der Fokussierung auf Zielgruppen. Dass Zeitzeugenprojekte in allen Stellungnahmen gefordert werden, sei zu unterstützen, aller-

dings müsse bedacht werden, dass diese extrem aufwendig und sehr zeitintensiv seien, das bedeute, dass ausreichende personelle und finanzielle Voraussetzungen zusätzlich zum geplanten Etat geschaffen werden müssten.

Ziel: gemeinsames Gedenken

In der Frage nach der Trägerschaft würde er eine Eingliederung in die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten nicht mehr befürworten und hielt auch einen Verbleib beim Potsdam Museum für eine schlechte Lösung, ebenso wie eine Anbindung an das ZZF. Das favorisierte Modell sei eine selbständige kommunale Stiftung, wobei allerdings die Frage nach dem Stiftungskapital und dem Ertrag daraus geklärt sein müsse. In einen wissenschaftlichen Beirat gehörten seiner Meinung nach Wissenschaftler, "niemand anders" und zwar neben Historikern auch Ausstellungsmacher. Neben dem wissenschaftlichen Beirat müsse allerdings ein weiterer Beirat ins Leben gerufen werden, in dem neben den Opferverbänden auch Einrichtungen der politischen Bildung vertreten sein müssten. Zum Opfergedenken würde er sich aus moralischen Gründen und aus einer christlichen Überzeugung heraus wünschen, dass gemeinsam an Opfer gedacht werde, und wenn dies im Moment auch so noch nicht realisierbar sei, so sollte es doch ein Ziel für die Zukunft sein.

6. Diskussion

Für die Diskussion war um kürzere Wortbeiträge gebeten worden, das Wort wurde in der Reihenfolge der Meldungen erteilt.

Horst Schüler, Zeitzeuge: Er habe seinen Vater zuletzt 1941 in der Lindenstraße gesehen, bevor die Nazis ihn in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppten, er selbst habe als politischer Häftling des sowjetischen Geheimdienstes in der Lindenstraße gesessen. Vor diesem persönlichen Hintergrund sei er dankbar für die ver-

bindenden Worte und wies alle Nähe der Opferverbände kommunistischen Terrors zu den Nazis zurück. Ferner gab er zu bedenken, dass man darüber streiten könne, ob ein wissenschaftlicher Beirat tatsächlich nur mit Wissenschaftlern besetzt sein müsse.

Konrad Tschäpe, Doktorand an der Europa-Universität Viadrina: Sollte der Fokus statt auf den Opfern mehr auf den Widerstand gelegt werden, ginge der Aspekt verloren, dass die Opferwerdung in beiden Systemen ganz wesentlich sei, und zwar in dem Sinne, dass völlig unschuldige Menschen, auch ohne Widerstand geleistet zu haben, zu Opfern wurden, wie z. Bsp. im Falle der "Euthanasie". Dies solle nicht vernachlässigt werden und es sei besonders dieses "Sinnlose" der Systeme zu betrachten.

Claus Ladner, Fördergemeinschaft Lindenstraße 54: Er habe zunächst Zweifel an der Zusammensetzung des Podiums gehabt und freue sich nun über das große Maß an Übereinstimmung bei Positionen, die auch die Fördergemeinschaft vertreten könne. Er möchte davon abraten, einen wissenschaftlichen und einen gesellschaftlichen Beirat zu schaffen, es stelle sich dann die Frage, welche Wissenschaft vertreten sein solle. Ein gesellschaftlicher Beirat würde überdies "nicht ernst genommen". Der Beirat müsse eine gute Durchmischung aufweisen und solle nicht zu groß sein. Ladner äußerte scharfe Kritik an der Langwierigkeit des Verfahrens, angesichts der Tatsache, dass die Gedenkstätte seit 1995 existiere und erst 17 Jahre später über Umstrukturierung und finanzielle Ausstattung geredet werde. Er befürchte, dass man "immer noch nicht weiter" sei, und dass sich die Stellenbesetzungen ebenfalls wieder hinzögen. Er wünsche sich, man möge "mehr Drive, mehr Energie da reinbringen, damit es vorwärts geht".

Peter Schultheiß (Potsdamer Demokraten), Kulturausschuss: Die eigene Stellungnahme beinhalte viel von dem, was

von den Experten geäußert wurde. Bislang sei von den Opfern gesprochen worden, was aber sei mit den Tätern, wer habe in der Lindenstraße gearbeitet, wer habe Urrechtsurteile gesprochen? All dies sei nicht aufgearbeitet worden. Für die Täter von nach 1945 muss angenommen werden, dass es sie noch gebe, in einem bekannten Fall sei jemand heute noch als Richter tätig. Er möchte die Frage stellen, warum dies nicht angesprochen worden sei.

Hannes Püschel (Die Andere), Kulturausschuss und VVN-BdA: Das Hearing sei aufgrund der Proteste der NS-Opferverbände zustande gekommen, "der OB hat sich die Gedenkstätte auf den Tisch gezogen", dagegen habe es Proteste gegeben, das solle man nicht vergessen. Obwohl man sich auf den Faulenbachsche Formel beziehe, sei es ein neuer Trend, dass man zwar sage, dass man nicht gleichsetze und relativiere. Was real passiere sei, dass man NS-Geschichte "unter den Tisch fallen" ließe. Ein Beispiel dafür sei die Veranstaltungsreihe "Menschen unter Diktaturen", innerhalb derer lediglich eine einzige Veranstaltung zur NS-Geschichte stattfinde, dies sei charakteristisch für die Arbeitsweise des Hauses. Das vorliegende Konzept beziehe sich zudem positiv auf das Terrorhaus in Budapest, auch der OB nehme dieses Wort in den Mund, dabei sei es eine der "zentralen Propagandastätten des Orbán-Regimes in Ungarn" und "so etwas stellen wir uns in EU- Europa nicht unter Demokratie vor".

Kerstin Lorenz, Fördergemeinschaft Lindenstraße 54: Sie sei der Überzeugung, dass sich der Vorwurf, dass das Thema NS "runterfällt", sich ausräumen lässt, denn es ließe sich am Konzept ablesen, wie lange und intensiv am NS geforscht wurde, die Finanzierung sei das Problem gewesen. Der Begriff "Haus des Terrors" würde für die Lindenstraße verwendet, da die ehemaligen Häftlinge und die Bürgerbewegung empfunden hätten, hier einem Terror ausgesetzt

gewesen zu sein, so sei der Name als Gegenmodell zu dem Haus der Demokratie, das es später geworden sei, entstanden.

Lutz Boede, VVN-BdA: Da, wie eingangs erwähnt wurde, Ludwig Baumann heute nicht persönlich anwesend sein könne, wolle er auf seine Stellungnahme eingehen. Der VVN-BdA teile seine Position und lehne einen gemeinsamen Gedenkort ab, und zwar, weil bei den Opfern nach 1945 große Schnittmengen mit den persönlichen Verfolgern bestünden und eine Würdigung von NS-Tätern ausgeschlossen werden müsse. In der Nachkriegszeit "Opfer geworden zu sein, sollte nicht ausreichen, um gewürdigt zu werden, wenn man nachweislich NS-Täter war".

Sabine Ross, Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: Sie möchte die Gelegenheit nutzen, einen herzlichen Dank an Gedenkstätte und Mitarbeiter zu richten, denn ohne dieses Engagement gebe es das Haus nicht mehr, dies gelte insbesondere für Frau Schnell und Herrn Hertle. Das NS-Modul stünde jetzt an und selbstverständlich wünsche sie sich Vermittlungsangebote zu beiden Diktaturen. Seit zehn Jahren leiste die Stiftung Aufarbeitung finanzielle Unterstützung, die sich mittlerweile auf insgesamt mehr als 200.000 Euro beliefe, das erkläre den Schwerpunkt nach 1945. Sie sähe in einer selbständigen Stiftung die einzige Möglichkeit, die großen Aufgaben erfüllen zu können, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit seien wichtig. Aus eigener Erfahrung könne sie sagen, dass das Modell zweier Beiräte gut funktioniere und gewinnbringend sei, im Fall der Stiftung Aufarbeitung existierten ein wissenschaftlicher Beirat und der Beirat für gesellschaftliche Arbeit.

Herr Schilde, Anwohner und Historiker: Er stellt die Frage: "Warum dauert es so lange, warum hat es so lange gedauert?" Die Zeit des NS liege nun doch schon lange zurück.

Lothar Scholz, Zeitzeuge: Er hält es mit seinem Freund und Zeitzeugen Horst Schüler, der sagte, er habe es satt, sich von Historikern erzählen zu lassen, was er erlebt habe und meine, dass es bedenklich sei, in eine Organisation, "wo Zeitzeugen noch leben, Historiker einzuschleusen".

Horst Schüler entgegnet, dass der Satz flapsig gesagt war und dass er es ganz wichtig finde, dass Zeitzeugen und Historiker zusammenarbeiten, "dann kann man richtig aufarbeiten".

Marcus Pilarski, VVN-BdA Brandenburg: Er möchte sich auf die Stellungnahme von Dr. Margret Hamm vom Bund der "Euthanasie"-Geschädigten und Zwangssterilisierten beziehen, weil die Opfergruppe hier sehr wichtig sei, sich aber als Opfergruppe nicht eingeschlossen fühle. Die Formulierung "politische Verfolgung" grenze Opfer aus, die aus rassenbiologischer Motivation verfolgt wurden. Für Frau Dr. Hamm sei die Mitarbeit an Mindestanforderungen gebunden, zumindest müsse es konzeptionelle Folgerungen für den Ausstellungsteil geben, eine deutliche Unterscheidung in die NS-Zeit und die Zeit danach, ebenso in Opfer und Täter, Man könne nicht den 'Werwolf' darstellen, ohne die Propaganda der Nazis zu erwähnen und die aus heutiger Sicht nachvollziehbare Reaktion auch der Westalliierten, man müsse benennen, warum die Rote Armee in Deutschland war, der Krieg gegen die Sowjetunion sei ein Vernichtungskrieg gewesen. Die Konzeption müsse grundsätzlich überarbeitet und der Name der Gedenkstätte in jedem Fall geändert werden. Er wünsche sich eine kommunale Stiftung, die selbständig ist und auf die die Stadt keinen Zugriff habe.

Ulrike Poppe fragt, warum man keinen Kranz niederlegen könne, wenn hier auch Täter gesessen hätten, schließlich bezeuge man den Opfern Achtung, denn ihre Biographien und Schicksale würden dargestellt.

Prof. Dr. Rainer Eckert tritt erstens dafür ein, dass der Begriff 'Haus des Terrors' tatsächlich wegen der Namensdopplung mit dem 'Haus des Terrors' in Budapest nicht verwendet werden solle. Zweitens gebe es in Deutschland schlichtweg keine Gleichsetzung. Auf dem Niveau, einzelne Veranstaltungen auszuzählen, komme man nicht weiter. Die DDR-Forschung habe nach 1990 einen Boom erlebt, jetzt werde aber wieder über den NS publiziert, auch das finanzielle Volumen der Verteilung habe sich wieder zugunsten der NS-Gedenkstätten verändert. Die Berücksichtigung der Täter gehöre drittens selbstverständlich mit dazu, allerdings sei man in Leipzig mit der Schwierigkeit konfrontiert gewesen, dass kein Täter bereit gewesen war, sich zu seiner Tätigkeit zu äußern. Viertens könne er aus seiner Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Beiräten sagen, dass es von Vorteil sein, dass in einen wissenschaftlichen Beirat Historiker und Ausstellungsmacher als Personen und nicht als Vertreter einer Institution berufen würden, und es beispielsweise im wissenschaftlichen Beirat oder im Arbeitskreis gesellschaftlicher Gruppen der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nie "eine selbstzerstörerische Konfrontation" gegeben habe. Immer sei hier ein Konsens gefunden worden.

Dr. Hans-Hermann Hertle, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam: Er habe sich sehr über die Vielzahl der Stellungnahmen gefreut, die sehr viele Hinweise und Anregungen enthielten, auch berechtigte Kritik an bestimmten Formulierungen, z.B. seitens der VVN. Das 'Haus des Terrors' möchte er dennoch aus der Schusslinie nehmen, denn man müsse auch hier wieder die Entstehungsgeschichte betrachten. Zudem sei das 'Haus des Terrors' als Kooperationspartner des ZZF genannt - und nicht der Gedenkstätte Lindenstraße. Die Antwort auf die Frage von Herrn Schilde laute, dass bis zum Jahr 2007 ohne eigene personelle und sachliche Ausstattung gearbeitet werden musste, seit 2002 sei al-

les, was passiert ist, über Drittmittel erworben worden. Die Drittmittelinwerbung für das NS-Modul sei 2006 eingeleitet worden. Zunächst sei es einfacher gewesen, eine Förderung für die Nachkriegsmodule zu erhalten als für eine regionale NS-Geschichte, z.B. von der Stiftung Aufarbeitung. Für das NS-Modul sei es schließlich gelungen, EU-Mittel zu erhalten, aus denen über ein Jahr eine Stelle für die Arbeit zum Erbgesundheitsgericht finanziert werden konnte. Eine Zusammenarbeit mit dem Bund der "Euthanasie"-Geschädigten habe es gegeben, die Bearbeiterin Frau Fuchs konnte dank der Unterstützung von Frau Hamm in Kontakt mit Zeitzeugen gebracht werden. Den Vorschlag von Herrn Jarusch, das Konzept zum NS-Modul auf einer Veranstaltung zur Diskussion zu stellen, möchte er gerne aufgreifen. Auf Herrn Boede möchte er erwidern, dass er Herrn Baumann verstehe, der nicht mit Tätern gemeinsam gedenken möchte, aber "ist es nicht eine Unterstellung, dass diejenigen, die am 27. Januar und am 10. März der Opfer gedenken, damit auch der NS-Täter gedenken?" Wenn also die Opfer nicht der gemeinsame Bezugsrahmen sein können und auch nicht der antitotalitäre Konsens, der ausdrücklich keine Ableitung aus der Totalitarismustheorie sein soll, "was können Sie sich als gemeinsamen Bezugspunkt, auf den sich alle Opferverbände einigen können, vorstellen?".

Konrad H. Jarusch: "Die Befindlichkeit der Opfer ist unbenommen, da dürfen wir nicht dran rütteln." Wenn Opfer nicht wollen, dann wollen sie nicht, da gebe es einen Dissens. Aber sei das ein Konstruktionsprinzip für eine Gedenkstätte? Zur Rolle der Wissenschaft wolle er sagen, dass Zeitzeugen und Historiker auf die Zusammenarbeit angewiesen seien: "Akten sind nicht lebendig, und der Zeitzeuge erinnert sich besser, wenn er ein Schriftstück über seine eigene Verhaftung vor sich hat." Er würde für eine Aufnahme von Historikern und Museumsvertretern in den Beirat plädieren, an-

sonsten stelle sich die Frage, wer in einem Beirat von acht Personen noch aufgenommen werden sollte, vier Vertreter von Opferverbänden, zwei für die NS-Zeit und zwei für die SED-Diktatur, da stimme die Symmetrie nicht.

Birgit Morgenroth (SPD), Kulturausschuss: Zwei Anmerkungen seien wichtig, erstens sei es den Potsdamern wichtig, die friedliche Revolution und die Ereignisse hier im Haus darzustellen, aus diesem Grunde sei auch eine inhaltliche Zusammenarbeit mit dem Potsdam Museum wichtig. Eine Zweiteilung des Beirates sei keine gute Idee, auf keinen Fall eine Teilung in NS und DDR, die Zusammensetzung des Beirates will gut überlegt sein, es komme auch auf die konkrete Aufgabe dieses Beirates an.

Hannes Püschel: Er spüre das Unbehagen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Stellungnahme Ludwig Baumanns: "Wenn sich jemand verweigert, dann haben alle Bauchschmerzen." Wenn Herr Eckert sage, eine Gleichsetzung gebe es nicht, sei das interessant, besonders im Hinblick auf den Diskussionspunkt Angliederung an die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, da stünden als einziges Argument die Probleme in der Leistikowstraße im Raum, offenbar sei das Unbehagen der Zeitzeugen dort Grund genug, um zu sagen, die Stiftung sei kein ernstzunehmender Partner. Die Rolle der Zeitzeugen sei nicht mehr nachvollziehbar.

Lutz Boede behauptet, dass in einem Gespräch mit Frau Schnell und Herrn Wittenberg vom Potsdam Museum schon einmal Einigkeit darüber erzielt worden sei, dass es einen eigenen Gedenkort für die NS-Opfer geben solle, und zwar genau an dem Ort, der jetzt schon zum Gedenken an die Opfer des NS genutzt werde, "wo wir dort unsere Kränze in den Schmutz gelegt haben". Zudem habe die vorige Rednerin [Kerstin Lorenz] das Gedenken gestört. Der Gedenkort im Hof sei nicht akzeptabel, ein gemeinsa-

mes Gedenken nicht möglich, das müsse man hinnehmen. Herr Hertle habe bei der Eröffnung des letzten Ausstellungsmoduls auch betont, dass es Splittergruppen gebe, die man in der Diskussion nicht berücksichtigen müsse. Das fände Herr Boede despektierlich, es könne nur Herr Baumann gemeint gewesen sein.

Carola Stabe, Gemeinschaft der Verfolgten des DDR-Systems: "Mir ist wichtig, dass dieser Ort ein offenes Haus wird." Hier sei nach der friedlichen Revolution hart gestritten worden, es habe große Auseinandersetzungen gegeben, das bringe weiter. Sie empfinde die Lindenstraße als leeren und toten Ort mitten in der Stadt und wünsche sich einen Ort für bürgerschaftliches, gesellschaftliches Engagement, wo jeder etwas ohne große Hürden machen könne, Veranstaltungen, Ausstellungen. Junge Leute sollten hineingezogen werden, es solle nicht in erster Linie ein Ort sein, an den "Touristen von außerhalb" kämen.

Dr. Petra Haustein, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg: Als Vertreterin des Ministeriums müsse sie sich gegen den Vorwurf verwehren, nur die Forderungen der Stasi-Opfer würden ernst genommen, während Forderungen wie die von Herrn Baumann als illegitim abgetan würden. Diese Frage stelle sich in der Leistikowstraße nicht, weil es dort nur um stalinistische Verfolgung gehe. Aber auch dort würden nicht alle Wünsche ehemaliger Opfer umgesetzt, wie Herr Scholz bestätigen könne, und Beirat und Verfolgtenverbände würden engagiert um die Ausstellung streiten.

Ulrike Poppe bezeichnet die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten nicht als nicht ernstzunehmenden Partner und nicht ernstzunehmende Institution, denn sie sei dort schließlich selbst Mitglied im Beirat. Es täte jedoch der Selbständigkeit gut, nicht in die Stiftung einbezogen zu sein. Jeder habe

die Freiheit zu sagen, er mache bei einer Gedenkveranstaltung nicht mit, auch Herrn Baumann stehe dies zu, sie bedaure dies und möchte ihn trotzdem gerne dazu einladen.

Hannes Püschel möchte sich auf die Äußerung von Frau Poppe beziehen, dass getrennte Beiräte eine ernsthafte Gedenkstättenarbeit verhinderten. Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten sei gerade ein Modell, das auf Auseinandersetzungen reagiere, sie aufnehme und am besten einer konstruktiven Lösung zuführe, im Gegensatz zu Sachsen zum Beispiel, und das liege daran, wie die Stiftung aufgebaut worden sei.

Claus Ladner: Die Diskussion werde ihm zu "kleinteilig". Er verwehre sich dagegen, die Gedenkveranstaltung gestört zu haben, es sei eine Einladung zum gemeinsamen Gedenken ausgesprochen worden, die abgelehnt worden sei, was man respektiert habe, "obwohl wir es nicht verstehen, uns wäre es lieber, wenn Sie reinkommen würden". In Entgegnung zu Frau Stabe wolle er bemerken, dass die Gedenkstätte ein ausgesprochen lebendiger Ort geworden sei, in der Gesprächsrunden, Vorträge und Gedenkveranstaltungen stattgefunden hätten und Zeitzeugen eingeladen worden seien. Die Fördergemeinschaft habe ihren Anteil daran, dies sei auf die Arbeit von Dr. Rudolf Tschäpe zurückzuführen, der den Kauf von Wieland Försters 'Opfer' und die Schenkung an die Stadt betrieben habe. "Wenn Sie Ausstellungen durchführen wollen, kommen sie auf uns zu," eine gute Idee sei es, Bilder von Bärbel Bohley auszustellen. Zudem habe die Gedenkstätte Besucherzahlen von über 20.000 im Jahr, hier solle auch einmal die Projektwerkstatt erwähnt werden, die "sehr gute, sehr sinnvolle und sehr nachhaltige Arbeit" leiste.

Hans-Wilhelm Dünn (CDU), stellv. Vorsitzender des Kulturausschusses: Er erkenne ein klares Votum für zwei Beiräte, die sich zu einer Symbiose entwi-

ckeln könnten, konstatiert, dass die Lindenstraße bereits ein sehr lebendiger Ort sei, der noch lebendiger werden könne. Boede und Püschel verträten seiner Meinung nach keine Mehrheitsmeinung und wollten lediglich ihre "politische Neurose" befriedigen, sie sollten sich überlegen, ob das für die Gesamtsache förderlich sei.

Marcus Pilarksi ist weiterhin der Ansicht, dass es auf der Metaebene einen Dissens gebe, von dem erwartet würde, dass er einseitig aufgelöst werde, und plädiere in diesem Fall für ein "agree to disagree". Auch zum Namen der Gedenkstätte bestünde nach wie vor ein Dissens, der Begriff "politische Verfolgung" sei nicht passend. [Einwurf

Dr. Hans-Hermann Hertle: Der Name der Gedenkstätte Lindenstraße lautet: "für die Opfer politischer Gewalt", nicht politischer "Verfolgung"! Es müsse noch grundsätzlich über das Konzept gesprochen werden, Schnellschüsse dürfe es nicht geben.

Carola Stabe möchte nochmals unterstreichen, dass das Haus für Menschen, die aus ehrenamtlichem Engagement etwas machen wollen, geöffnet sein solle. Es müsse ein niederschwelliges Angebot in dieser Hinsicht geben, dann könnten viele Opfergruppen ihre eigenen Veranstaltungen hier machen.

Lutz Boede bemerkt, er habe mit Herrn Baumann telefoniert und ihm versprochen, zu fragen, ob es einen eigenen Gedenkort für die Verfolgten des NS geben werde, was solle er Herrn Baumann sagen?

7. Schluss

Frau Dr. Schröter beendete die Diskussion zunächst mit der Feststellung, dass die Antwort auf Herrn Boedes Frage wohl offengelassen werde. Sie formulierte, dass sie es gerne hätte, dass die "gewisse Schärfe von Minderheiten und Mehrheiten rausgenommen" werden könne, denn "wir sind hier zusammengekommen, um ein Projekt miteinander zu besprechen". Es sei klar geworden, dass es dazu mehr Kommunikation untereinander geben müsse, heute sei ein produktiver Anfang, miteinander zu sprechen. Konsenssätze seien herausgestellt worden, es habe aber auch Dissense gegeben, das solle man ernst nehmen. Sie begrüße, dass Herr Dr. Hertle geäußert habe, dass einige der eingegangenen Vorschläge es wert seien, in die Konzeption aufgenommen zu werden, das sei "mehr als eine Geste". Es sei nicht der Kern, dass man sich in der Mitte treffe, sondern dass man den anderen ernst nehme. Gedenken könne man nicht vorschreiben, nicht im öffentlichen Raum, nicht in der SVV. Die Frage bleibe, wie man zu einem gemeinschaftlichen Konsens komme, der auch Raum gebe zu sagen: "Nein, es geht gar nicht." Frau Schröter schloss mit dem Wunsch, dass die Gespräche "weiterlaufen" mögen.

**bearbeitet von H. Roth,
Potsdam, den 29. August 2012**